Zu Punkt 5.6 der Tagesordnung des Wirtschaftsparlamentes vom 29.11.2018



ANTRAG

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich am 29. November 2018

Wien, 8.11.2018

Finanzierung der Entgeltfortzahlung für österreichische Kleinunternehmen / KMU sichern

Als wichtige Sicherung des Betriebes erhalten Unternehmen von der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) ab dem elften Krankenstands-Tag ihrer MitarbeiterInnen einen Zuschuss zur Entgeltfortzahlung.

Bei Unternehmen mit bis zu 50 MitarbeiterInnen beträgt der Zuschuss 50 Prozent, bei Unternehmen mit bis zu zehn MitarbeiterInnen beträgt er 75 Prozent.

Weil die türkis-blaue Bundesregierung den Unfallversicherungsbeitrag senken will, wurden nun bei der AUVA Einsparungen beschlossen, davon profitieren insbesondere Großkonzerne. Gemäß den finanziellen Erläuterungen zum Gesetzentwurf wird die Maßnahme in den Jahren 2019 bis 2023 einen kumulierten Einnahmenausfall von 589 Mio. € bewirken, der zum einen durch Struktur- und Organisationsmaßnahmen und zum anderen durch die Auflösung von Rücklagen kompensiert werden soll.

Gleichzeit hat die Bundesregierung bekannt gegeben, dass der Zuschuss zur Entgeltfortzahlung nicht mehr durch die AUVA geleistet werden soll. Die künftige Finanzierung dieser wichtigen Unterstützungsleistung für Kleinst- und Kleinbetrieben ist nun völlig ungeklärt.

Ohne die Zuschüsse zur Entgeltfortzahlung für MitarbeiterInnen im Krankenstand wären die Klein- und Kleinstunternehmen einer massiven finanziellen Belastung ausgesetzt, die für viele von ihnen kaum tragbar sind. Diese enorme Unsicherheit für einen Großteil der österreichischen Unternehmen muss beseitigt werden.

Es ist die Aufgabe der Wirtschaftskammer sich als Interessenvertretung gegenüber der Gesetzgebung für österreichische Kleinst- und Kleinunternehmen für das Bestehen der Unterstützungsleistung zur Entgeltfortzahlungen einzusetzen.

Der SWV stellt daher folgenden Antrag, und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, ihn zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer Österreich wird dazu aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Finanzierung der Entgeltfortzahlung für österreichische Kleinunternehmen sicherzustellen und unverzüglich bekannt zu geben, von welcher Stelle diese zukünftig finanziert werden soll.

VDF. Christoph Matznetter Vizepräsident der Wirtschafskammer Österreich

KommR Katarina Pokorny Mitglied des Wirtschaftsparlaments der Wirtschaftskammer Österreich

KommR Bmstr. Baurat h.c. Dipl. Ing. Alexander Safferthal

Mitglied des Wirtschaftsparlaments der Wirtschaftskammer Österreich